

Die Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg)

Am 27. Mai 1994 verabschiedet von den Teilnehmern der Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden in Aalborg, Dänemark

(Der folgende Text wurde mit leichten Änderungen in der Vorbemerkung der Website der Bremer Agenda-21-Initiative am 3.8.00 entnommen.
www.bremen.de/info/agenda21/modell/agenda21/home.html.)

Teil I:

Durch Konsens angenommene Erklärung: Europäische Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit

Teil II:

Die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden

Teil III:

In lokale Agenda-21-Prozesse eintreten: Kommunale Handlungsprogramme für Zukunftsbeständigkeit

Vorbemerkung

Die Charta von Aalborg (Charter of European Cities & Towns Towards Sustainability) wurde von den Teilnehmern der Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden beschlossen, die von der Stadt Aalborg, Dänemark, und der Europäischen Kommission vom 24. bis 27. Mai 1994 in Aalborg veranstaltet und vom Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) inhaltlich ausgerichtet wurde. ICLEI zeichnete den Entwurf der Charta verantwortlich und entwickelte ihn gemeinsam mit dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Die Charta spiegelt Gedanken und Formulierungen vieler Beteiligter wider.

Die Charta von Aalborg wurde anfangs von 80 europäischen Kommunen und 253 Vertretern internationaler Organisationen, nationaler Regierungen, wissenschaftlicher Institute, Berater und Einzelpersonen unterzeichnet. Durch die Unterzeichnung der Charta initiierten die Städte, Gemeinden und Kreise die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden und verpflichteten sich dazu, in lokale Agenda-21-Prozesse einzutreten und langfristige Handlungsprogramme mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit aufzustellen.

Der Charta-Entwurf wurde von den mehr als 600 Teilnehmern der Aalborg-Konferenz in 36 Workshops diskutiert. Viele ihrer Kommentare und Vorschläge wurden in den endgültigen Text aufgenommen. Dennoch meinte der Charta-Redaktionsausschuss, dass zahlreiche grundlegende und substantielle Ergänzungsvorschläge nicht einfach im Wege der redaktionellen Bearbeitung einbezogen werden können, sondern eine intensivere Erwägung und Diskussion verdienen. Daher schlug er vor, dass es Aufgabe der Kampagnenkoordination sein sollte, die Ergänzungsvorschläge zu sichten, die Charta weiterzuentwickeln und den Teilnehmern der Zweiten Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden vorzulegen, die im September 1996 in Lissabon stattgefunden hat.

Daraus entwickelte sich die Praxis einer fortwährenden Weiterentwicklung der Charta im Zuge der Kampagne. Zuletzt wurde die Charta auf der im Februar des Jahres 2000

stattfindenden Hannover-Konferenz geändert und um den so genannten Hannover-Aufruf erweitert.

Die Begriffe "sustainable" (wörtlich: aufrechterhaltbar) und "sustainability" (Aufrechterhaltbarkeit) aus der englischen Originalfassung finden im deutschen Sprachgebrauch keine griffige Entsprechung. Je nach Sinnzusammenhang wurde "sustainable" mit beständig, zukunftsbeständig, dauerhaft oder nachhaltig und umweltgerecht übersetzt. Für "sustainability" wurden entweder Zukunftsbeständigkeit oder Dauerhaftigkeit in Bezug auf Kommunen, sowie Nachhaltigkeit in Bezug auf Ressourcenbewirtschaftung verwendet.

Teil I: Durch Konsens angenommene Erklärung: Europäische Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit

I.1 Die Rolle der Europäischen Städte und Gemeinden

Wir europäischen Städte und Gemeinden, Unterzeichner dieser Charta, erklären, daß unsere Städte im Laufe der Geschichte Teil von Weltreichen, Nationalstaaten und Regimen waren und diese überlebt haben und als Zentren gesellschaftlichen Lebens, als Träger unserer Wirtschaften, Hüter der Kultur, des Erbes und der Traditionen fortbestehen. Neben den Familien und den Nachbarschaften sind die Städte Grundelemente unserer Gesellschaften und Staaten. Die Städte sind Zentren der Industrie, des Handwerks und Handels, der Bildung und der Verwaltung.

Wir verstehen, daß unsere derzeitige städtische Lebensweise, insbesondere unser arbeits- und funktionsteiliges System, die Flächennutzung, der Verkehr, die Industrieproduktion, Landwirtschaft, Konsumtion und die Freizeitaktivitäten und folglich unser gesamter Lebensstandard uns für die vielen Umweltprobleme wesentlich verantwortlich macht, denen die Menschheit gegenübersteht. Dies ist besonders bedeutsam, weil 80 Prozent der europäischen Bevölkerung in städtischen Gebieten leben.

Wir haben erkannt, daß der heutige hohe Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen in den Industrienationen nicht für alle jetzt lebenden Menschen, ganz zu schweigen von künftigen Generationen, möglich ist, ohne das natürliche Kapital zu zerstören.

Wir sind überzeugt, daß menschliches Leben auf unserem Planeten ohne dauerhaft und umweltgerecht geprägte Kommunen keinen Bestand haben wird. Die Kommunalverwaltung ist dort angesiedelt, wo die Umweltprobleme wahrgenommen werden, sie ist die bürgernaheste Ebene, und trägt gemeinsam mit Regierungen und Verwaltungen auf allen Ebenen Verantwortung für das Wohl von Mensch und Natur.

I.2 Die Idee und die Grundsätze der Zukunftsbeständigkeit

Wir Städte und Gemeinden verstehen, daß uns die Idee der zukunftsbeständigen und umweltgerechten Entwicklung hilft, unseren Lebensstandard mit der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt in Einklang zu bringen. Wir bemühen uns um soziale Gerechtigkeit, zukunftsbeständige Wirtschaftssysteme und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Umwelt. Soziale Gerechtigkeit muß notwendigerweise auf einer wirtschaftlichen Dauerhaftigkeit und Gerechtigkeit beruhen, und diese wiederum erfordern eine Nachhaltigkeit der Umweltnutzung.

Die nachhaltige Nutzung der Umwelt bedeutet die Erhaltung des natürlichen Kapitals. Sie erfordert von uns, daß die Verbrauchsrate von erneuerbaren Rohstoff-, Wasser- und Energie-ressourcen nicht höher ist als die Neubildungsrate, und daß nicht erneuerbare Ressourcen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte, erneuerbare Ressourcen ersetzt werden können. Nachhaltige Umweltnutzung bedeutet auch, daß die Emission von Schadstoffen nicht größer sein darf als die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden, diese Schadstoffe zu binden und abzubauen.

Darüberhinaus heißt nachhaltige Umweltnutzung auch die Erhaltung der Artenvielfalt, der menschlichen Gesundheit sowie der Sicherung von Luft-, Wasser- und Bodenqualitäten, die

ausreichen, um das Leben und das Wohlergehen der Menschen sowie das Tier- und Pflanzen- leben für alle Zukunft zu sichern.

I.3 Kommunale Strategien für Zukunftsbeständigkeit

Wir Städte und Gemeinden sind überzeugt, daß die Stadt bzw. Gemeinde zum einen die größte Einheit ist, die in der Lage ist, die zahlreichen mit der Stadt zusammenhängenden architekturbezogenen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichgewichte sowie jene, die mit der Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt zusammenhängen und die unsere moderne Welt schädigen, anzupacken. Zum anderen ist sie der kleinste Rahmen, in dem solche Probleme vernünftig auf integrierte, ganzheitliche und nachhaltige Weise gelöst werden können. Da die Städte verschieden sind, muß jede ihren eigenen Weg zur Dauerhaftigkeit und Zukunftsbeständigkeit finden.

Wir werden die Grundsätze der Zukunftsbeständigkeit in sämtliche Politikfelder einbeziehen und die jeweiligen Stärken unserer Städte und Gemeinden zur Grundlage ortsangepaßter Strategien machen.

I.4 Zukunftsbeständigkeit als kreativer, lokaler, gleichgewichtssuchender Prozeß

Wir Städte und Gemeinden erkennen an, daß Zukunftsbeständigkeit weder eine bloße Vision noch ein unveränderlicher Zustand ist, sondern ein kreativer, lokaler, auf die Schaffung eines Gleichgewichts abzielender Prozeß, der sich in sämtliche Bereiche der kommunalen Entscheidungsfindung erstreckt. Er hält die Stadtverwaltungen ständig darüber auf dem Laufenden, welche Aktivitäten das städtische Ökosystem zum erwünschten Gleichgewicht hinführen und welche es davon ablenken. Indem die Verwaltung einer Stadt auf den in einem solchen Prozeß gesammelten Informationen beruht, kann die Stadt als ein organisches Ganzes verstanden werden, und die Auswirkungen aller wesentlichen Aktivitäten treten deutlich zutage. Durch einen solchen Prozeß können die Stadt und ihre Bürger auf guter Informationsgrundlage Entscheidungen treffen. Durch einen in Zukunftsbeständigkeit verankerten Verwaltungsprozeß können Entscheidungen getroffen werden, die nicht nur die Belange der heutigen Interessengruppen, sondern auch zukünftiger Generationen berücksichtigen.

I.5 Problemlösung durch stufenweises Weitervermitteln nach außen

Wir Städte und Gemeinden erkennen an, daß eine Stadt oder Gemeinde es sich nicht leisten kann, Probleme in die weitere Umgebung oder in die Zukunft zu "Exportieren". Daher müssen alle Probleme und Ungleichgewichte in einer Stadt zunächst intern auf lokaler Ebene ausgeglichen oder aber durch eine externe größere Körperschaft auf regionaler oder nationaler Ebene aufgenommen werden. Dies ist das Prinzip der Problemlösung durch stufenweises Weitervermitteln nach außen. Die Umsetzung dieses Prinzips gibt jeder Stadt viel Spielraum zur Bestimmung der Art ihres Handelns.

I.6 Städtische Wirtschaft auf dem Weg zur Nachhaltigkeit und Zukunftsbeständigkeit

Wir Städte und Gemeinden verstehen, daß der einschränkende Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Städte und Gemeinden das natürliche Kapital (wie Atmosphäre, Boden, Wasser und Wälder) geworden ist. Folglich müssen wir in dieses Kapital investieren. In der Prioritätenfolge erfordert dies:

1. Investitionen in die Bewahrung des noch vorhandenen natürlichen Kapitals, wie beispielsweise Grundwasserbestände, Boden, Lebensräume für seltene Arten;
2. Förderung der Entwicklung des natürlichen Kapitals durch Verringerung der zeitigen exzessiven Nutzung, beispielsweise nicht-erneuerbarer Energieträger;
3. Investitionen zur Verringerung der Belastung der natürlichen Kapitalbestände durch Erweiterung des kultivierten natürlichen Kapitals, wie beispielsweise innerstädtische Erholungsparks zur Entlastung der natürlichen Wälder;

4. Erhöhung der Effizienz von Produkten bis hin zum Endverbraucher, beispielsweise Niedrigenergiebauten oder umweltfreundlicher Stadtverkehr.

I.7 Soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für eine Zukunftsbeständigkeit der Stadt

Wir Städte und Gemeinden sind uns bewußt, daß die Armen am stärksten unter den Umweltbelastungen (wie verkehrsbedingtem Lärm und Luftverschmutzung, mangelndem Komfort, ungesunden Wohnverhältnissen, fehlenden Freiflächen) leiden und am wenigsten in der Lage sind, Abhilfe zu schaffen. Die ungleiche Verteilung von Reichtum verursacht zum einen umweltschädliches Verhalten und erschwert zum anderen Verhaltensveränderungen. Wir beabsichtigen, die sozialen Grundbedürfnisse der Menschen sowie Gesundheitsfürsorge, Beschäftigung und Wohnungsversorgung mit dem Umweltschutz zu integrieren. Wir möchten aus den ersten Erfahrungen mit einer beständigen und umweltgerechten Lebensweise lernen, um auf diese Weise die Lebensqualität der Bürger zu erhöhen anstatt nur einfach den Verbrauch zu maximieren.

Wir werden versuchen, solche Arbeitsplätze zu schaffen, die zur Beständigkeit der Gemeinschaft beitragen, um damit die Arbeitslosigkeit zu vermindern. In unseren Bemühungen um die Ansiedlung von Unternehmen oder Schaffung von Arbeitsplätzen werden wir die Auswirkungen der Geschäftsideen auf die Zukunftsbeständigkeit prüfen, um die Schaffung von Langzeitarbeitsplätzen und die Herstellung von langlebigen Produkten im Einklang mit den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu fördern.

I.8 Zukunftsbeständige Flächennutzungsstrukturen

Wir Städte und Gemeinden erkennen die Bedeutung einer wirksamen Flächennutzungs- und Bebauungsplanung durch unsere kommunalen Gebietskörperschaften, die auch die strategische Umweltprüfung sämtlicher Pläne umfaßt. Wir sollten die Chancen für leistungsfähige öffentliche Verkehrsversorgung und effiziente Energieversorgung nutzen, die höhere Bebauungsdichten bieten, und dabei gleichzeitig das menschliche Maß der Bebauung beibehalten. Sowohl bei der Durchführung von Stadtsanierungsprojekten in innerstädtischen Gebieten als auch bei der Planung neuer Vororte bemühen wir uns um eine Mischnutzung, um den Mobilitätsbedarf zu vermindern. Die Idee einer gerechten wechselseitigen Abhängigkeit in der Region sollte es uns ermöglichen, die Leistungsströme zwischen Stadt und Land ins Gleichgewicht zu bringen und zu verhindern, daß die Städte die Ressourcen des Umlandes nur ausbeuten.

I.9 Zukunftsbeständige Strukturen städtischer Mobilität

Wir Städte und Gemeinden werden uns bemühen, das Verkehrsaufkommen zu senken und dabei dennoch die Erschließungsqualität zu verbessern und das soziale Wohl und die städtische Lebensweise aufrechtzuerhalten. Wir wissen, daß eine zukunftsbeständige Stadt unbedingt die erzwungene Mobilität verringern und die Förderung und Unterstützung von unnötigem Kraftfahrzeuggebrauch beenden muß.

Wir werden ökologisch verträglichen Fortbewegungsarten (insbesondere Zufußgehen, Radfahren, öffentlicher Nahverkehr) den Vorrang einräumen und den Verbund dieser Verkehrsarten in den Mittelpunkt unserer Planungsarbeiten stellen. Motorisierten Individualverkehrsmitteln sollte nur die ergänzende Aufgabe zukommen, den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern und die wirtschaftliche Aktivität der Stadt aufrechtzuerhalten.

I.10 Verantwortung für das Weltklima

Wir Städte und Gemeinden verstehen, daß die bedeutenden Gefahren, die die globale Erwärmung für die natürliche und die bebaute Umwelt sowie für zukünftige Menschengenerationen mit sich bringt, geeignete Maßnahmen erfordern, um die Emission von Treibhausgasen in die Atmosphäre sobald wie möglich zu stabilisieren und sodann zu reduzieren. Genau so wichtig ist der Schutz der globalen Biomasse-Ressourcen, zum Beispiel der Wälder und des Phytoplanktons, die im Kohlenstoffkreislauf der Erde eine entscheidende Rolle spielen. Die Reduzierung der Schadstoffemission aus der Nutzung

fossiler Brennstoffe erfordert Politiken und Initiativen, die auf dem umfassenden Verständnis der städtischen Umwelt als Energiesystem beruhen. Die einzig nachhaltigen und zukunftsbeständigen Alternativen sind erneuerbare Energiequellen.

I.11 Vermeidung der Vergiftung von Ökosystemen

Wir Städte und Gemeinden sind uns der Tatsache bewußt, daß eine zunehmende Menge von giftigen und gefährlichen Substanzen in die Luft, das Wasser, den Boden und die Nahrung abgegeben und damit zu einer wachsenden Bedrohung für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme werden.

Wir werden alles Erdenkliche tun, um dafür zu sorgen, daß weitere Stoffeinträge gestoppt und an der Quelle vermieden werden.

I.12 Kommunale Selbstverwaltung als Voraussetzung

Wir Städte und Gemeinden sind zuversichtlich, daß wir über die Kraft, das Wissen und das kreative Potential verfügen, um eine zukunftsbeständige Lebensweise zu entwickeln und unsere Städte auf das Ziel der Dauerhaftigkeit und Umweltverträglichkeit hin zu gestalten und zu verwalten. Als demokratisch gewählte Vertreter unserer Kommunen sind wir bereit, uns für die zukunftsbeständige Neuordnung unserer Städte zu engagieren und dafür Verantwortung zu übernehmen. Inwieweit sich die Städte und Gemeinden dieser Herausforderung stellen können, hängt davon ab, ob sie im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip das Recht auf kommunale Selbstverwaltung haben. Die lokale Ebene muß mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet sein, und die kommunalen Gebietskörperschaften müssen über eine solide finanzielle Grundlage verfügen.

I.13 Bürger als Schlüsselakteure und die Einbeziehung der örtlichen Gemeinschaft

Wir Städte und Gemeinden verpflichten uns, den in der Agenda 21, dem auf dem UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro verabschiedeten Schlüsseldokument, enthaltenen Auftrag zu erfüllen und mit allen gesellschaftlichen Kräften in unseren Kommunen - den Bürgern, Unternehmen, Interessengruppen – bei der Aufstellung von Lokalen Agenden 21 zusammenzuarbeiten.

Wir anerkennen die im Fünften Umweltprogramm der Europäischen Union "Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung" enthaltene Forderung nach gemeinsamer Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte für die Umsetzung des Programms. Folglich wird die Zusammenarbeit aller Beteiligten die Grundlage unseres Wirkens sein.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß alle Bürger und interessierten Gruppen Zugang zu Informationen erhalten und es ihnen möglich ist, an den lokalen Entscheidungsprozessen mit- zuwirken. Wir bemühen uns um Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für Zukunftsbeständigkeit nicht nur für die breite Öffentlichkeit, sondern auch für Abgeordnete und Bedienstete der Kommunalverwaltungen.

I.14 Instrumentarium für eine auf Zukunftsbeständigkeit gerichtete Kommunalverwaltung

Wir Städte und Gemeinden sichern zu, das gesamte verfügbare politische und planerische Instrumentarium für einen ökosystembezogenen Ansatz kommunaler Verwaltung zu nutzen. Dazu werden wir eine breite Palette von Instrumenten einsetzen, u.a. die Erhebung und Verarbeitung von Umweltdaten; die Umweltplanung; ordnungspolitische, wirtschaftliche und kommunikative Instrumente wie Satzungen, Steuern und Gebühren; Instrumente zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie zur Bürgerbeteiligung.

Wir wollen neue Systeme der Kommunalen Naturhaushaltswirtschaft einführen, um mit unseren natürlichen Ressourcen ebenso haushälterisch umzugehen wie mit unserer künstlichen Ressource 'Geld'.

Wir wissen, daß wir unsere umweltpolitischen Bemühungen und die Steuerung der Umweltqualität, insbesondere unsere Umweltüberwachung, das Öko-Audit, die Umweltverträglichkeitsprüfung, die ökologischen Buchhaltungs-, Bilanzierungs- und

Berichterstattungssysteme, auf unterschiedliche Arten von Indikatoren stützen müssen. Dazu zählen Indikatoren der städtischen Umweltqualität, der städtischen Ressourcenströme, der Stadtstrukturen und vor allem der Zukunftsbeständigkeit städtischer Systeme.

Wir Städte und Gemeinden erkennen an, daß bereits eine ganze Reihe von Programmen und

Maßnahmen, die positive ökologische Auswirkungen zeigen, in vielen europäischen Städten erfolgreich angewendet werden. Obwohl sie wertvolle Hilfsmittel zur Verringerung des Tempos der Zukunfts-Unbeständigkeit und der von ihr ausgehenden Belastung sind, bewirken sie jedoch nicht eine Umkehr der unbeständigen Entwicklung der Gesellschaft.

Dennoch, dank dieser vorhandenen starken ökologischen Grundlage dürfte den Städten der entscheidende Schritt leicht fallen, diese Programme und Maßnahmen in die Kommunalpolitik einzubeziehen, um das örtliche Wirtschaften durch einen umfassenden Prozeß der Suche nach Zukunftsbeständigkeit zu beeinflussen.

Wir sind aufgefordert, in diesem Prozeß unsere eigenen Strategien zu entwickeln, sie in der Praxis zu erproben und unsere Erfahrungen anderen zugänglich zu machen.

Teil II: Die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden

Wir europäischen Städte und Gemeinden, Unterzeichner dieser Charta, werden gemeinsam in Richtung auf Zukunftsbeständigkeit vorangehen, indem wir aus Erfahrungen und erfolgreichen kommunalen Beispielen lernen. Wir werden uns gegenseitig ermutigen, langfristige Aktionspläne (Lokale Agenden 21) aufzustellen, dadurch die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften zu stärken und diesen Prozeß mit der Politik der Europäischen Union im Bereich der städtischen Umwelt zu verbinden.

Wir initiieren hiermit die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden, um Städte und Gemeinden in ihrem Bemühen um Dauerhaftigkeit und Umweltverträglichkeit zu bestärken und zu unterstützen. Die Anlaufphase dieser Kampagne soll zwei Jahre betragen; danach sollen die Fortschritte auf einer Zweiten Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden im Jahre 1996 bewertet werden.

Wir laden alle Gebietskörperschaften (Städte, Gemeinden und Kreise) sowie alle europäischen Städtenetze dazu ein, sich der Kampagne durch Annahme und Unterzeichnung der vorliegenden Charta anzuschließen.

Wir ersuchen alle größeren Netzwerke von Kommunen in Europa, die Koordinierung der Kampagne zu übernehmen. Aus Vertretern dieser Netzwerke wird ein Koordinierungsausschuß gebildet. Für Kommunen, die keinem Netzwerk angehören, werden Vorkehrungen getroffen.

Wir betrachten Folgendes als die Hauptaufgaben der Kampagne:

Erleichterung der gegenseitigen Unterstützung der europäischen Städte und Gemeinden bei der Gestaltung, Entwicklung und Umsetzung von Programmen mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit;
Sammlung und Verbreitung von Informationen über gute Beispiele auf kommunaler Ebene;
Förderung des Grundsatzes der Zukunftsbeständigkeit in anderen Kommunen;
Anwerbung weiterer Unterzeichner der Charta;
Verleihung eines jährlichen Preises "Zukunftsbeständige Stadt";
Formulierung politischer Empfehlungen an die Europäische Kommission;
Beiträge zu den Berichten "Zukunftsbeständige Städte" der Sachverständigengruppe für die städtische Umwelt;
Unterstützung von Kommunalpolitikern bei der Umsetzung geeigneter Empfehlungen und Rechtsvorschriften der Europäischen Union;
Herausgabe eines Bulletins der Kampagne. Zur Durchführung dieser Aufgaben muß eine Kampagnen-Koordinierung eingerichtet werden.

Wir werden andere Organisationen dazu auffordern, die Kampagne aktiv zu unterstützen.

Teil III: In Lokale Agenda-21-Prozesse eintreten: Kommunale Handlungsprogramme für Zukunftsbeständigkeit

Wir europäischen Städte und Gemeinden, Unterzeichner dieser Charta, verpflichten uns durch Unterzeichnung der Charta und Mitwirkung an der Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden, in unseren Kommunen bis zum Ende des Jahres 1996 einen Konsens über eine Lokale Agenda 21 zu suchen. Damit werden wir das Mandat erfüllen, welches den Kommunen durch Kapitel 28 der Agenda 21, dem Schlußdokument des Erdgipfels von Rio de Janeiro vom Juni 1992, gegeben worden ist. Mit unseren jeweiligen kommunalen Handlungsprogrammen werden wir einen Beitrag zur Umsetzung des Fünften Umweltprogramms "Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung" der Europäischen Union leisten. Die Prozesse zur Aufstellung von Lokalen Agenden 21 werden auf der Grundlage des Teils I dieser Charta durchgeführt.

Wir schlagen vor, bei der Ausarbeitung der kommunalen Handlungsprogramme folgende Schritte zu berücksichtigen:

1. Anerkennung der bestehenden Rahmenbedingungen für Planung und Finanzierung sowie anderer Pläne und Programme;

2. die systematische Bestimmung von Problemen und ihrer Ursachen, unter gründlicher Öffentlichkeitsbefragung;

3. Dringlichkeitsreihung von Aufgaben zur Behandlung der ermittelten Probleme;

4. Aufstellung eines Leitbildes für eine zukunftsbeständige Kommune unter Beteiligung aller Bereiche der örtlichen Gemeinschaft;

5. Prüfung und Beurteilung alternativer strategischer Möglichkeiten;

6. Aufstellung eines langfristigen kommunalen Handlungsprogrammes für Zukunftsbeständigkeit einschließlich meßbarer Ziele;

7. Ausarbeitung eines Planes zur Umsetzung des Handlungsprogrammes einschließlich eines Zeitplanes sowie Festlegung der Verantwortlichkeiten der einzelnen Partner;

8. Einrichtung von Systemen und Verfahren zur projektbegleitenden Kontrolle und Berichterstattung über die Umsetzung des Programmes.

Wir müssen prüfen, ob die in unseren Gebietskörperschaften geltenden organisatorischen Bedingungen geeignet und genügend leistungsfähig sind für die Durchführung von "Lokale Agenda 21"-Prozessen einschließlich langfristiger kommunaler Handlungsprogramme für Zukunftsbeständigkeit.

Anstrengungen zur Verbesserung der organisatorischen Leistungsfähigkeit werden notwendig sein, einschließlich einer Prüfung der politischen Strukturen, der Verwaltungsverfahren, der verwaltungseinheitlichen und interdisziplinären Arbeitsweisen, der verfügbaren personellen Ressourcen und der interkommunalen Zusammenarbeit in Kommunalverbänden und Netzwerken.

Charter of European Cities and Towns Towards Sustainability (The Aalborg Charter)
(as approved by the participants at the European Conference on Sustainable Cities & Towns in Aalborg, Denmark on 27 May 1994)

The following document is taken from the website of the international council on local environmental initiatives (iclei): www.iclei.org/europe/echarter.html on 3.august 2000).

Part I: Consensus Declaration: European Cities & Towns Towards Sustainability

Part II: The European Sustainable Cities & Towns Campaign

Part III: Engaging in Local Agenda 21 Processes: Local Action Plans Towards Sustainability

Part I Consensus Declaration: European Cities & Towns Towards Sustainability

I.1 The Role of European Cities and Towns

We, European cities & towns, signatories of this Charter, state that in the course of history, our towns have existed within and outlasted empires, nation states, and regimes and have survived as centres of social life, carriers of our economies, and guardians of culture, heritage and tradition. Along with families and neighbourhoods, towns have been the basic elements of our societies and states. Towns have been the centres of industry, craft, trade, education and government.

We understand that our present urban lifestyle, in particular our patterns of division of labour and functions, land-use, transport, industrial production, agriculture, consumption, and leisure activities, and hence our standard of living, make us essentially responsible for many environmental problems humankind is facing. This is particularly relevant as 80 percent of Europe's population live in urban areas.

We have learnt that present levels of resource consumption in the industrialised countries cannot be achieved by all people currently living, much less by future generations, without destroying the natural capital.

We are convinced that sustainable human life on this globe cannot be achieved without sustainable local communities. Local government is close to where environmental problems are perceived and closest to the citizens and shares responsibility with governments at all levels for the well-being of humankind and nature. Therefore, cities and towns are key players in the process of changing lifestyles, production, consumption and spatial patterns.

I.2 The Notion and Principles of Sustainability

We, cities & towns, understand that the idea of sustainable development helps us to base our standard of living on the carrying capacity of nature.

We seek to achieve social justice, sustainable economies, and environmental sustainability. Social justice will necessarily have to be based on economic sustainability and equity, which require environmental sustainability.

Environmental sustainability means maintaining the natural capital. It demands from us that the rate at which we consume renewable material, water and energy resources does not exceed the rate at which the natural systems can replenish them, and that the rate at which we consume non-renewable resources does not exceed the rate at which sustainable renewable resources are replaced. Environmental sustainability also means that the rate of emitted pollutants does not exceed the capacity of the air, water, and soil to absorb and process them.

Furthermore, environmental sustainability entails the maintenance of biodiversity; human health; as well as air, water, and soil qualities at standards sufficient to sustain human life and wellbeing, as well as animal and plant life, for all time.

I.3 Local Strategies Towards Sustainability

We are convinced that the city or town is both the largest unit capable of initially addressing the many urban architectural, social, economic, political, natural resource and environmental imbalances damaging our modern world and the smallest scale at which problems can be meaningfully resolved in an integrated, holistic and sustainable fashion. As each city is different, we have to find our individual ways towards sustainability.

We shall integrate the principles of sustainability in all our policies and make the respective strengths of our cities and towns the basis of locally appropriate strategies.

I.4 Sustainability as a Creative, Local, Balance-Seeking Process

We, cities & towns, recognise that sustainability is neither a vision nor an unchanging state, but a creative, local, balance-seeking process extending into all areas of local decision-making. It provides ongoing feedback in the management of the town or city on which activities are driving the urban ecosystem towards balance and which are driving it away. By building the management of a city around the information collected through such a process, the city is understood to work as an organic whole and the effects of all significant activities are made manifest. Through such a process the city and its citizens may make informed choices. Through a management process rooted in sustainability, decisions may be made which not only represent the interests of current stakeholders, but also of future generations.

I.5 Resolving Problems by Negotiating Outwards

We, cities & towns, recognise that a town or city cannot permit itself to export problems into the larger environment or to the future. Therefore, any problems or imbalances within the city are either brought towards balance at their own level or absorbed by some larger entity at the regional or national level. This is the principle of resolving problems by negotiating outwards. The implementation of this principle will give each city or town great freedom to define the nature of its activities.

I.6 Urban Economy Towards Sustainability

We, cities & towns, understand that the limiting factor for economic development of our cities and towns has become natural capital, such as atmosphere, soil, water and forests. We must therefore invest in this capital. In order of priority this requires

- 1.investments in conserving the remaining natural capital, such as groundwater stocks, soil, habitats for rare species;
- 2.encouraging the growth of natural capital by reducing our level of current exploitation, such as of non-renewable energy;
- 3.investments to relieve pressure on natural capital stocks by expanding cultivated natural capital, such as parks for inner-city recreation to relieve pressure on natural forests); and
- 4.increasing the end-use efficiency of products, such as energy-efficient buildings, environmentally friendly urban transport.

I.7 Social Equity for Urban Sustainability

We, cities and towns, are aware that the poor are worst affected by environmental problems (such as noise and air pollution from traffic, lack of amenities, unhealthy housing, lack of open space) and are least able to solve them. Inequitable distribution of wealth both causes unsustainable behaviour and makes it harder to change.

We intend to integrate people's basic social needs as well as healthcare, employment and housing programmes with environmental protection.

We wish to learn from initial experiences of sustainable lifestyles, so that we can work towards improving the quality of citizens' lifestyles rather than simply maximising consumption.

We will try to create jobs which contribute to the sustainability of the community and thereby reduce unemployment. When seeking to attract or create jobs we will assess the effects of any business opportunity in terms of sustainability in order to encourage the creation of long-term jobs and long-life products in accordance with the principles of sustainability.

I.8 Sustainable Land-Use Patterns

We, cities & towns, recognise the importance of effective land-use and development planning policies by our local authorities which embrace the strategic environmental assessment of all plans.

We should take advantage of the scope for providing efficient public transport and energy which higher densities offer, while maintaining the human scale of development. In both undertaking urban renewal programmes in inner urban areas and in planning new suburbs we seek a mix of functions so as to reduce the need for mobility. Notions of equitable regional interdependency should enable us to balance the flows between city and countryside and prevent cities from merely exploiting the resources of surrounding areas.

I.9 Sustainable Urban Mobility Patterns

We, cities & towns, shall strive to improve accessibility and sustain social welfare and urban lifestyles with less transport.

We know that it is imperative for a sustainable city to reduce enforced mobility and stop promoting and supporting the unnecessary use of motorised vehicles.

We shall give priority to ecologically sound means of transport (in particular walking, cycling, public transport) and make a combination of these means the centre of our planning efforts.

Motorised individual means of urban transport ought to have the subsidiary function of facilitating access to local services and maintaining the economic activity of the city.

I.10 Responsibility for the Global Climate

We, cities & towns, understand that the significant risks posed by global warming to the natural and built environments and to future human generations require a response sufficient to stabilize and then to reduce emissions of greenhouse gases into the atmosphere as soon as possible. It is equally important to protect global biomass resources, such as forests and phytoplankton, which play an essential role in the earth's carbon cycle. The abatement of fossil fuel emissions will require policies and initiatives based on a thorough understanding of the alternatives and of the urban environment as an energy system. The only sustainable alternatives are renewable energy sources.

I.11 Prevention of Ecosystems Toxification

We, cities & towns, are aware that more and more toxic and harmful substances are released into the air, water, soil, food, and are thereby becoming a growing threat to human health and the ecosystems.

We will undertake every effort to see that further pollution is stopped and prevented at source.

I.12 Local Self-Governance as a Pre-Condition

We, cities and towns, are confident that we have the strength, the knowledge and the creative potential to develop sustainable ways of living and to design and manage our cities towards sustainability. As democratically elected representatives of our local communities we are ready to take responsibility for the task of reorganising our cities and towns for sustainability. The extent to which cities and towns are able to rise to this challenge depends upon their being given rights to local self-governance, according to the principle of subsidiarity. It is essential that sufficient powers are left at the local level and that local authorities are given a solid financial base.

I.13 Citizens as Key Actors and the Involvement of the Community

We, cities & towns pledge to meet the mandate given by Agenda 21, the key document approved at the Earth Summit in Rio de Janeiro, to work with all sectors of our communities - citizens, businesses, interest groups - when developing our Local Agenda 21 plans.

We recognise the call in the European Union's Fifth Environmental Action Programme "Towards Sustainability" for the responsibility for the implementation of the programme to be shared among all sectors of the community.

Therefore, we will base our work on cooperation between all actors involved. We shall ensure that all citizens and interested groups have access to information and are able to participate in local decision-making processes.

We will seek opportunities for education and training for sustainability, not only for the general population, but for both elected representatives and officials in local government.

I.14 Instruments and Tools for Urban Management Towards Sustainability

We, cities & towns, pledge to use the political and technical instruments and tools available for an ecosystem approach to urban management.

We shall take advantage of a wide range of instruments including those for collecting and processing environmental data; environmental planning; regulatory, economic, and communication instruments such as directives, taxes and fees; and mechanisms for awareness raising including public participation.

We seek to establish new environmental budgeting systems which allow for the management of our natural resources as economically as our artificial resource, 'money'.

We know that we must base our policy-making and controlling efforts, in particular our environmental monitoring, auditing, impact assessment, accounting, balancing and reporting systems, on different types of indicators, including those of urban environmental quality, urban flows, urban patterns, and, most importantly, indicators of an urban systems sustainability.

We, cities & towns, recognise that a whole range of policies and activities yielding positive ecological consequences have already been successfully applied in many cities through Europe. However, while these instruments are valuable tools for reducing the pace and pressure of unsustainability, they do not in and of themselves reverse society's unsustainable direction. Still, with this strong existing ecological base, the cities are in an excellent position to take the threshold step of integrating these policies and activities into the governance process for managing local urban economies through a comprehensive sustainability process. In this process we are called on to develop our own strategies, try them out in practice and share our experiences.

Part II The European Sustainable Cities and Towns Campaign

We, European cities & towns, signatories of this charter, shall move forward together towards sustainability in a process of learning from experience and successful local examples.

We shall encourage each other to establish long-term local action plans (Local Agendas 21), thereby strengthening inter-authority cooperation, and relating this process to the European Union's actions in the field of the urban environment.

We hereby initiate The European Sustainable Cities & Towns Campaign to encourage and support cities and towns in working towards sustainability. The initial phase of this Campaign shall be for a two-year period, after which progress shall be assessed at a Second European Conference on Sustainable Cities & Towns to be held in 1996.

We invite every local authority, whether city, town or county and any European network of local authorities to join the Campaign by adopting and signing this Charter.

We request all the major local authority networks in Europe to undertake the coordination of the campaign. A Coordinating Committee shall be established of representatives of these networks.

Arrangements will be made for those local authorities which are not members of any network.

We foresee the principal activities of the Campaign to be to:

facilitate mutual support between European cities and towns in the design, development and implementation of policies towards sustainability;

collect and disseminate information on good examples at the local level;
promote the principle of sustainability in other local authorities;
recruit further signatories to the Charter;
organise an annual "Sustainable City Award";
formulate policy recommendations to the European Commission;
provide input to the Sustainable Cities Reports of the Urban Environment Expert Group;
support local policy-makers in implementing appropriate recommendations and legislation from the European Union;
edit a Campaign newsletter.

These activities will require the establishment of a Campaign Coordination. We shall invite other organisations to actively support the Campaign.

Part III: Engaging in The Local Agenda 21 processes: Local Action Plans Towards Sustainability

We, European cities & towns, signatories of this Charter, pledge by signing this Charter and joining the European Sustainable Cities & Towns Campaign that we will seek to achieve a consensus within our communities on a Local Agenda 21 by the end of 1996. This will meet the mandate established by Chapter 28 of Agenda 21 as agreed at the Earth Summit in Rio in June 1992. By means of our individual local action plans we shall contribute to the implementation of the European Union's Fifth Environmental Action Programme "Towards Sustainability". The Local Agenda 21 processes shall be developed on the basis of Part One of this Charter.

We propose that the process of preparing a local action plan should include the following stages:

- recognition of the existing planning and financial frameworks as well as other plans and programmes; the systematic identification, by means of extensive public consultation, of problems and their causes;
- the prioritisation of tasks to address identified problems;
- the creation of a vision for a sustainable community through a participatory process involving all sectors of the community;
- the consideration and assessment of alternative strategic options;
- the establishment of a long-term local action plan towards sustainability which includes measurable targets;
- the programming of the implementation of the plan including the preparation of a timetable and statement of allocation of responsibilities among the partners;
- the establishment of systems and procedures for monitoring and reporting on the implementation of the plan.

We will need to review whether the internal arrangements of our local authorities are appropriate and efficient to allow the development of the Local Agenda 21 processes, including long-term local action plans towards sustainability. Efforts may be needed to improve the capacity of the organisation which will include reviewing the political arrangements, administrative procedures, corporate and inter-disciplinary working, human resources available and inter-authority cooperation including associations and networks.

Signed in Aalborg, Denmark, 27 May 1994

More than 120 European cities, towns and counties have up to now signed the Aalborg Charter and thereby joined the European Sustainable Cities and Towns Campaign.